ver.di

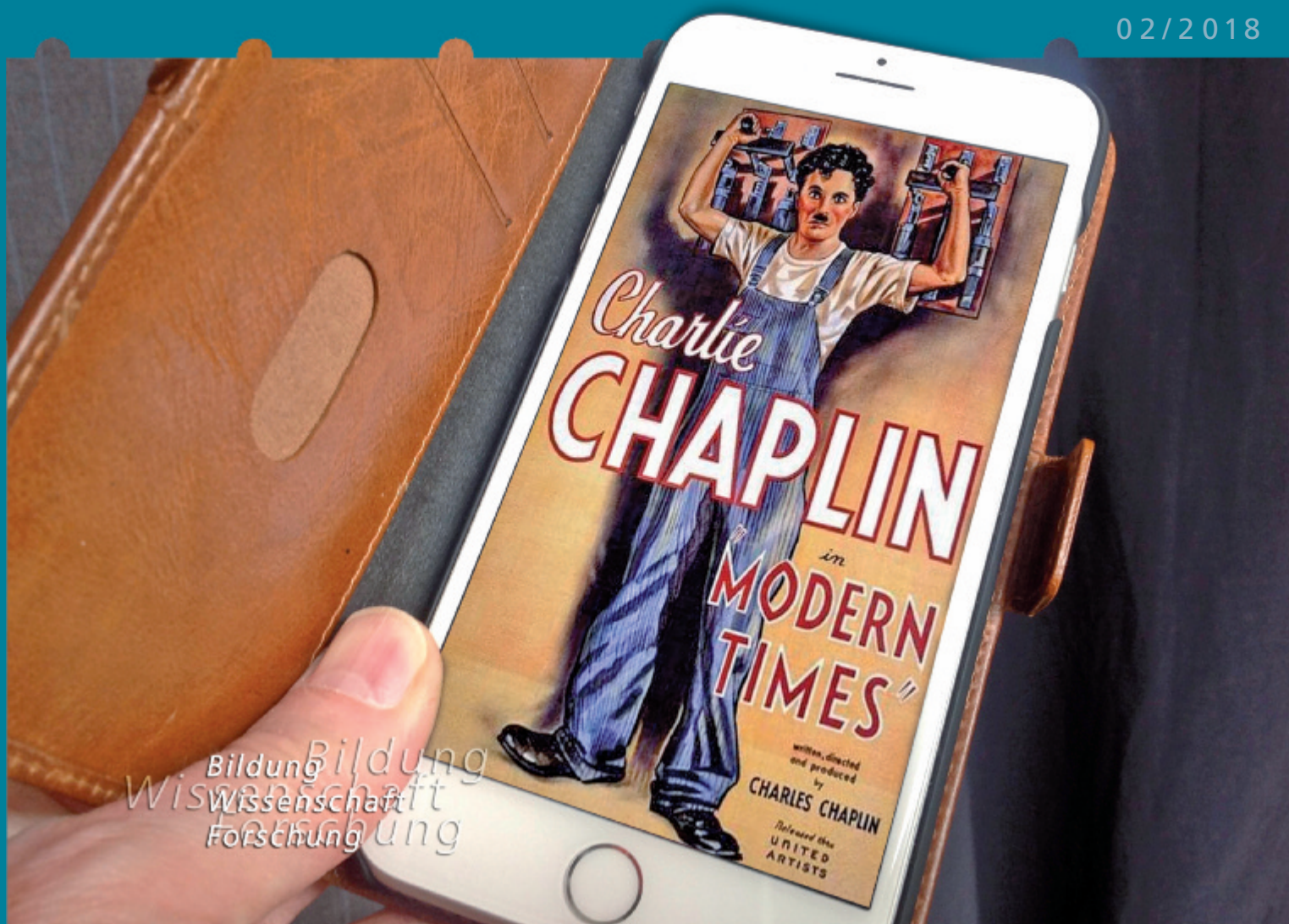
Bildung, Wissenschaft und Forschung

report bi/wi/fo

Umbruchzeit – Chance und Gefahr

Mit Solidarität und Fakten gegen Egoismus und Populismus

02/2018



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

*Mit großer Verzögerung hat die Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen. Immerhin: Der Koalitionsvertrag lässt hoffen. ver.di ist es gelungen, an verschiedenen Stellen die Interessen von Arbeitnehmer*innen einzubringen. Besonders positiv für unseren Fachbereich ist, dass Bildungs- und Forschungspolitik einen deutlich höheren Stellenwert erhalten sollen. Jetzt sind wir gespannt auf die Taten, die den Worten folgen.*

Das Kooperationsverbot wurde gestrichen. Nun kann der Bund endlich wieder flächendeckend in Bildungsinfrastruktur investieren. Kitas sollen 3,5 Milliarden Euro bekommen. Das ist gut – und doch viel zu wenig, denn die frühkindliche Bildung ist elementar, weil damit die Basis für Lebenschancen gelegt wird. Geplant ist außerdem eine nationale Weiterbildungsstrategie, ebenfalls ein begrüßenswerter Grundgedanke. Bei vielen Vorhaben, die der Koalitionsvertrag ankündigt, kommt es jetzt auf die Gestaltung an. Wird es bei kleinteiligen Ausbesserungen bleiben oder startet die Bundesregierung mutig eine Neuausrichtung des Bildungswesens?

Geht es um mehr Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität in der Gesellschaft, hat Bildung eine zentrale Bedeutung. Für die Umsetzung braucht es ein Bildungssystem, das zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigt, nicht selektiert und keinen Menschen ausschließt.

Wie wir dahinkommen? Eine Chance hierzu bietet die Idee eines neu zu schaffenden Nationalen Bildungsrates. Damit gäbe es in Deutschland erstmals seit 1975 wieder ein Gremium, das eine gemeinsame, umfassende Bildungsstrategie entwickeln könnte. ver.di wäre zur Mitarbeit bereit! ●

Ute Kittel
Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes und Leiterin des Fachbereichs Bildung, Wissenschaft und Forschung

Inhalt

Schwerpunkt: Umbrüche bergen neue Möglichkeiten und Risiken

Arbeit 4.0, Klimawandel, Fake News – und die GroKo dümpelt vor sich hin 3
Was ver.di tun kann 3
Identitäre wollen an Hochschulen Fuß fassen 4
Halle wehrt sich: kein Platz für Rechte 5
Rückwärtsgewandtes Punktesammeln á la Bologna 6
Bibliotheken sind Gemeingüter – keine Eventbuden 7
Weiterbildung für morgen 7
Ende des sozialdemokratischen Zeitalters? 8
Gewerkschaften vor vielfältigen Aufgaben – Interview mit Ute Kittel 9

Exzellenz und die Folgen in den USA und anderswo 10
Neuer Datenschutz auch Thema für Betriebsräte 10
Tarifvertrag für Studis – Berliner Vorbild macht Schule 11
Mindestlohn in der Weiterbildung steigt deutlich 12
ver.di und Deutsches Studentenwerk kooperieren 12
Bezahlbare Mieten und gemeinwohlorientiertes Leben 13
Unser Fachbereich – da wächst was zusammen 14
Nachruf 14
Reisen erweitert den Horizont 15
Porträt: Franziska Hamann-Wachtel 15

Impressum

Der ver.di Report **biwifo Nr. 02/2018** · September 2018
Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung
Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin

V. i. S. d. P.: Ute Kittel
Redaktion: Carsten Bauer, Klaus Böhme, Katharina Common, Bernward Friedrich, Harald Giesecke, Birthe Haak, Dirk Heitmann, Frank Hennig, Michael Niedworok, Mirjam Sorge
Verantwortliche Redakteurin: Annette Jensen
Internet: www.verdi.de
Layout: einsatz, Wolfgang Wohlers
Druck: apm AG Darmstadt, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt
Titelbild: commons.wikimedia.org (Bildmontage)
W-1728-60-0918

Die Artikel stellen die Meinungsvielfalt unseres Fachbereiches dar und spiegeln nicht in jedem Fall die Meinung des Bundesfachbereichsvorstandes wider.

Service

Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung
Internet: **www.biwifo.verdi.de**
Ansprechpartnerin biwifo-Report: **Annette.Jensen@t-online.de**

Fotos v.o.n.u.: Werner Bachmeier (2), Berliner Studierende*r, Mirjam Sorge

Weimarer Verhältnisse?

„Was ist nur mit Deutschland los?“ fragt mich die nette Schweizerin, die mir am Tisch gegenüber sitzt. Während ich diesen Artikel schreibe, befinde ich mich auf einem Wanderurlaub in der Alpen. Unser Tischgespräch dreht sich um Europa, die Flüchtlingspolitik, das Erstarken von Populisten in Deutschland, aber auch in Ungarn, Österreich, Polen, den USA und die Schwäche von sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien.

VON CARSTEN BAUER

Ja, was ist mit Deutschland los? Haben wir wieder Weimarer Verhältnisse? Wie in vielen westlichen Demokratien sind auch in Deutschland traditionelle Regierungen nicht mehr möglich: Weder konservativ-liberale noch sozialdemokratisch-grüne Regierungen erhalten Mehrheiten, weil neue rechte Kräfte in die Parlamente einziehen. Also schon wieder GroKo. Und die gestaltet fast nichts und lässt sich die Themen stattdessen zunehmend von einer nationalliberal-populistischen Partei bestimmen. Von einer solchen politischen Führung ist keine große Politik zu erwarten – und dabei wäre gerade jetzt eine weitsichtige Regierung nötig.

Zum einen stehen wir vor wirtschaftspolitischen Umbrüchen, die so tiefgreifend sein werden wie die Industrialisierung vor 150 Jahren. Die Digitalisierung wird unsere Arbeitswelt grundlegend verändern – und das, während die planetaren Ressourcen sich erschöpfen und eine Klimakatastrophe bevorsteht. Gebraucht würde eine offensive und mutige Politik, die vielfältige Perspektiven einbezieht und auch vor fundamentalen Neuerungen nicht zurückschreckt. Das reicht von einer radikalen Verkehrswende bis zu einer Bildungsoffensive, die endlich die Chancen für alle ins Zentrum stellt.

Zum zweiten wird die weltpolitische Lage zunehmend unübersichtlich. Die alten Bündnisse funktionieren in einer multipolaren Welt nicht mehr: Der Brexit, der wider jede Vernunft durchgezogen wird, Amerika first und ein drohender Handelskrieg, dazu der Konflikt der EU mit Russland und das Erstarken Chinas zur Weltmacht. Die Welt ordnet sich neu. Das erfordert eigentlich ein einiges, starkes Europa, das uns Schutz und Sicherheit bietet.

Stattdessen hat die neoliberale Politik der vergangenen Jahrzehnte Einzelkämpfertum, Individualisierung und Egoismus befördert. Angst und Populismus haben sich tief in die europäische Gesellschaft hineingefressen – mit den Folgen: Abwehr gegen Fremde, Spaltung der Gesellschaft und Rückkehr des Nationalen. Auch bei vielen Arbeitnehmern*innen ist das Gefühl entstanden, die EU sei ein riesiger Selbstbedienungsladen für Lobby-Interessen.

Aber Europa ist auch ein Friedensprojekt, wie es kein zweites in der Geschichte gegeben hat. Es ist höchste Zeit, das vom DGB geforderte soziale Europa anzugehen. Warten ist keine Option mehr, denn die europäischen Rechtspopulisten erzeugen eine Stimmung, die den Fortbestand der EU massiv gefährdet. Sie besetzen die politische Agenda mit ihren Themen – und so stehen Aufbau und Sicherung von Grenzen auf der Tagesordnung statt die Vereinigten Staaten von Europa.

Wir diskutieren nicht mehr über die Begrenzung des Klimawandels und nicht über die Gestaltung der Digitalisierung. Stattdessen befassen sich die Leute und die Medien mit Themen, die eine eher untergeordnete Bedeutung haben. Die deutsche Politik drehte sich wochenlang um einige Dutzend Geflüchtete an der österreichischen Grenze, anstatt Probleme anzugehen und zu lösen.

Also liebe Schweizer Tischnachbarin: Mit Deutschland ist gar nix los. Das Problem ist, dass mit Europa nix los ist – und darum müssen wir uns kümmern und nicht um rechtspopulistische Fantastereien. Es gilt den Grundsatz der Aufklärung zu verteidigen, dass Fakten Fakten sind und jede akzeptable Politik darauf fußen muss. Für die Gestaltung einer wünschenswerten Zukunft ist die Zugänglichkeit zu Wissen und Bildung zentral: Lösungen müssen erarbeitet, Verhaltensweisen geändert werden. Gebraucht werden Kooperation und Solidarität. Dabei kommt es auf uns alle an. ●

KOMMENTAR

■ ver.di-Kompass für Umbruchzeiten

I. Die Digitalisierung der Arbeit beschleunigt sich, ver.di als Gewerkschaft der tausend Berufe befindet sich mittendrin. Das vielfach beschriebene Unbehagen in konkrete Forderungen zu verdichten, ist unsere Aufgabe. Dabei geht es um gute, sichere und weitgehend selbstbestimmte Arbeit, um Datenschutz und eine Dienstleistungswelt, die sich am Bedarf der Nutzer*innen ausrichtet. Ob Schutz im Umbruch oder Gestaltung von Innovationen: Gute Arbeit erfordert mehr Mitbestimmung. Dafür müssen sich alle Gewerkschaften entschieden engagieren.

II. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen wird in Bildung, Gesundheit und Stadtentwicklung zu wenig investiert: Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auf. Die herrschenden Eliten kümmern sich um ihre Interessen und nicht um das Wohl der Mehrheit in West- wie in Ostdeutschland. Politikverdrossenheit und Abwehr von Migrant*innen sind keine Antworten –, sondern der Kampf für den Ausbau des Sozialstaates und eine humane Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik. Das muss sich ver.di auf die Fahnen schreiben.

III. US-Präsident Trump zeigt: Nationalismus und Kapitalismus sind kein Widerspruch. In Europa erleben wir Ähnliches. Die Antwort der Gewerkschaften kann nur ein gesamteuropäischer Sozialstaat mit gleichen sozialen Rechten sein. ver.di muss mit aller Kraft dazu beitragen, dass Wirtschaftspolitik sozialer und ökologischer wird, Ungleichgewichte schwinden und die Menschenrechte in einem weltoffenen Europa verteidigt werden. ●

Wolfgang Uellenberg

Hass-Hipster

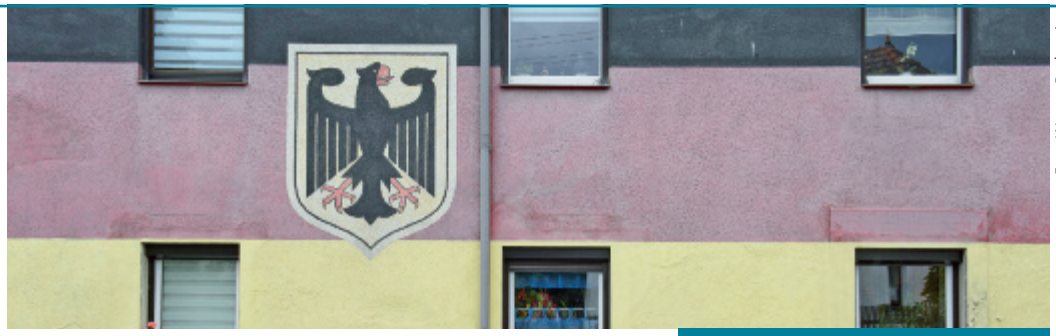


Foto: Werner Bachmeier

Mann, ist das schön hier zu wohnen!

Die rechtsextreme „Identitäre Bewegung" hat den Kampf um die kulturelle Hegemonie ausgerufen. Rückenwind erhielt sie durch die Wahlerfolge der AfD, die islamfeindliche Bewegung Pegida und die Stichwortgeber der Neuen Rechten. Um gesellschaftlich anschlussfähig zu werden, tarnt sie ihre rechtsextremistischen Inhalte mit einem intellektuell wirkenden Jargon. Damit unterscheidet sie sich auf den ersten Blick von der NPD und den neonazistischen Kameradschaften. Bei genauerer Betrachtung von Personal und Programmatik werden jedoch vielfältige Verbindungen zum traditionellen Rechtsextremismus deutlich.

VON MICHAEL NIEDWOROK

Seit einigen Jahren werden die Grenzen des Sagbaren in Deutschland durch immer neue Tabubrüche von Rechts durchbrochen. Dennoch kommt es selten vor, dass einem Parteifunktionär so gründlich die Maske verrutscht wie dem AfD-Nachwuchspolitiker Lars Steinke. Der Vorsitzende der Jugendorganisation „Junge Alternative" in Niedersachsen löste Ende Juli einen Skandal aus: Auf Facebook schrieb der 25-jährige Politik-Student mit dem auffällig gezwirbelten Schnurrbart über den Hitler-Attentäter Claus Schenk Graf von Stauffenberg: „Stauffenberg war ein Verräter, der bereit war, Millionen von Leben zu riskieren und zu opfern – ohne erkennbaren Nutzen für das deutsche Volk". Der AfD-Vorstand hält die Äußerungen für parteischädigend, weil sie das „ehrenvolle Andenken" an Stauffenberg „verächtlich machen" und will Steinke nun ausschließen.

Steinke macht keinen Hehl aus seiner Nähe zu Mitgliedern der vom Verfassungsschutz beobachteten „Identitären Bewegung". Die akademisch geprägten Identitären sind in Deutschland seit 2012 organisiert und fallen vor allem durch ihren Aktivismus auf. Ihr Vorbild ist die rechtsextremistische, französische Jugendorganisation „Génération Identitaire". Der Gründer des deutschen Ablegers, Nils Altmieks, engagierte sich früher bei der verbotenen, neonazistischen „Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ). Überschneidungen gibt es zudem mit dem in Deutschland und Österreich aktiven Burschenschaftsdachverband „Deutsche Burschenschaft". Über eine „Identitäre Sommeruniversität" in Frankreich, die allein schon durch ihren militaristischen Stil faschistisch wirkt, wird der Kontakt mit den europäischen Schwesterorganisationen gehalten.

Ihre Aktionsformen schaut sich die „Identitäre Bewegung" bei erklärten politischen Gegnern ab: Von der „Subversiven Aktion" der 68er um Kunzelmann und Dutschke bis hin zu Greenpeace. Damit schaffte sie es bereits wiederholt in die Medien. So erkletterten die Rechtsextremen das Brandenburger Tor. Außerdem störten sie eine Jelinek-Aufführung an der Wiener Universität, bei der Einheimische und Geflüchtete gemeinsam auf der Bühne standen. Dabei verspritzten sie Kunstblut, entrollten ein Transparent mit der Aufschrift „Heuchler" und verteilten Flugblätter mit der Aufschrift „Multi-Kulti tötet".

Hinter den öffentlichen Provokationen steht eine verschleierte Programmatik. Forderungen wie „Erhalt der ethnokulturellen Identität" und „Remigration" ersetzen das hinlänglich bekannte „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!" der Neonazi-Szene. Fremdenfeindlichkeit wird durch heroische Symbolik kodiert zum Ausdruck gebracht. So stilisieren sich die Identitären als Verteidiger des Abendlandes durch geschichtsklitternde Bezugnahme auf den Abwehrkampf Spartas gegen die Perser in der Antike oder die „Reconquista" – die Zurückdrängung des muslimischen Machtbereichs von der iberischen Halbinsel durch die Spanier im Mittelalter.

Gefährlich sind die Identitären weniger durch ihre Mitgliederzahl – Recherchen der ZEIT deuten auf nur 100 Aktive in Deutschland – als durch ihre Funktion als Avantgarde einer rechten Bewegung. Sie unterhalten Kontakte zu den Vordenkern der Neuen Rechten rund um Götz Kubitschek, einem engen Vertrauten Björn Höckes (AfD). Erst im März ist bekannt geworden, dass die „Identitäre Bewegung" gemeinsam mit Mitgliedern der „Jungen Alternative" das Trollnetzwerk „Reconquista Germanica" betrieben hat, das zugunsten der AfD in den Bundestagswahlkampf eingegriffen hat. Wieder dabei: Lars Steinke. ●

Provokante Thesen

Das Buch „Die AfD und die soziale Frage" von Stefan Dietl rührt an ein Tabu: Überdurchschnittlich viele Gewerkschaftsmitglieder wählen die rassistische Partei. Das widerspricht eklatant dem Selbstverständnis der DGB-Gewerkschaften. Sie beteiligen sich intensiv an Bündnissen gegen Rechts und proklamieren immer wieder Null Toleranz gegen Rassismus. Für Dietl, ehrenamtlich im bayerischen ver.di- Landesvorstand aktiv, reicht das nicht. Aus seiner Perspektive hat sich die Politik der Gewerkschaften in den vergangenen Jahren zu stark orientiert an Standortnationalismus, Leistungs- und Nützlichkeitsprinzipen. Damit hätte sie die Ausgrenzung von Menschen verstärkt, die im In- oder Ausland unter prekären Bedingungen leben müssen, so Dietls These. ●

Stefan Dietl: **Die AfD und die soziale Frage – Zwischen Marktradikalismus und völkischem Antikapitalismus,** Unrast-Verlag, 168 Seiten, 14 Euro

Gegen die Normalisierung der „Identitären“

Der Gründungsauftritt der Identitären Bewegung (IB) in Halle sollte martialisch wirken: Man wolle den Kulturkampf an die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg tragen, den „linken Mainstream“ brechen und damit den nationalen Umschwung vorbereiten. Ab sofort müsse man mit einer starken rechtsextremen Kraft an der Uni rechnen – so die Botschaft. Doch es blieb beim Anspruch einer „Kontrakultur“.

VON LUKAS WANKE

Ihr erster Auftritt im Juni 2015 kam zwar kämpferisch und erschreckend daher – faktisch wurden aber nur Papierschnipsel im Hauptgebäude herumgeworfen. Danach gab es erst einmal eineinhalb Jahre lang keine Aktionen mehr im Uni-Kontext. Der Außendarstellung der Rechten tat das keinen Abbruch. Im Oktober 2016 inszenierte die IB ihren angeblichen Eroberungsfeldzug, indem sie ein Banner entrollte mit der Aufschrift „Willkommen auf unserem Campus“. Nach wenigen Minuten war auch das wieder verschwunden. Den Höhepunkt ihrer Selbstinszenierung erreichten die IB-Aktiven dann 2017 mit dem Kauf eines Hauses in der Nähe des geistes- und sozialwissenschaftlichen Campus. Erneut bleibt das angekündigte Übergreifen auf das universitäre Geschehen nahezu aus: Zwei hochschulnahe Infostände sind die identitäre Bilanz nach drei Jahren. Zwar konnte im Mai 2018 bei den Hochschulwahlen eine IB-nahe Liste einen Platz im Studierendenrat (StuRa) erringen. Doch die übrigen Mitglieder erklärten bereits vor der Konstitution des Gremiums im Oktober, dass sie jeden identitären Einfluss verhindern werden.

Bisher ist das identitäre Vorhaben klar gescheitert, rechtsextreme Vorstellungen und Praktiken an die Uni zu tragen. Das liegt vor allem an einem breiten zivilgesellschaftlichen Widerstand. Der StuRa als studentische Vertretung hat die Existenz der IB in Halle skandalisiert und so versucht, einer Normalisierung entgegenzuwirken. Im Dezember 2015 beschloss er eine Ausschlussklausel gegen Rechtsextreme bei allen Veranstaltungen und positionierte sich grundsätzlich gegen rechte Tendenzen und insbesondere identitäre Ideologien. Partys, Vorträge und Diskussionsrunden finden ohne Vertreter*innen der IB und ähnlicher Gruppen statt. Das soll Menschen schützen und der IB-Strategie der Raumnahme entgegenwirken.

Die Strategie, die Rechten zu isolieren, geht einher mit Aufklärung der Studierenden durch Bildungsveranstaltungen und Info-Vorlesungen für Erstsemester. All das wäre aber nicht zielführend, wenn nicht auch die Universität das Problem sehen würde. Deshalb ging über mehrere Kanäle die Aufforderung ans Rektorat, sich öffentlich zu positionieren. Das – zwischenzeitliche – Ergebnis ist ein „Offener Brief“ der Uni-Leitung und des StuRa vom Januar 2018. Darin ist klar formuliert, dass die IB gegen alles steht, was die Universität repräsentiert.

Wahrscheinlich die wichtigste Erkenntnis ist, dass die Arbeit der Universitäts-Gremien ohne Kooperationen kaum wirksam werden kann. Sie müssen sich mit antifaschistischen Bündnissen und dem zivilgesellschaftlichen Widerstand solidarisieren und ihn unterstützen. Auch viele Studierende sind dort aktiv. In diesen Gruppen findet der hauptsächliche Kampf gegen die IB statt. Maßnahmen in der Uni können und sollten das begleiten. Denn auch wenn der IB an der Hochschule bisher so gut wie erfolglos ist, verbreiten die Rechten Angst durch gewaltsamen Übergriffe auf dem Campus und in der Stadt, durch illegale Kameraüberwachung und Dominanzgehabe. Damit lässt sich erahnen, wie Gesellschaft aussehen könnte, wenn eine Gruppe wie die IB plötzlich „normal“ würde. ●

Foto: transit-magazin.de

Stichwort „Fake Science“

Mehr als 5.000 deutsche Wissenschaftler*innen haben in den vergangenen zehn Jahren laut Recherchen von NDR, WDR und SZ-Magazin Forschungsarbeiten in pseudowissenschaftlichen Verlagen veröffentlicht. Regelmäßig wurde dabei der übliche Prozess des Peer-Reviews umgangen, also der Kontrolle durch andere Wissenschaftler*innen des Faches. Der hohe Publikationsdruck in der Wissenschaft wurde dabei zum Anreiz selbst für etablierte Forscher*innen, Veröffentlichungen in zweifelhaften Journalen vorzunehmen, mitunter auch ohne Wissen um deren Qualität.

Der gesellschaftliche Schaden geht weit über ein Schönen von Publikationszahlen hinaus: Lobby-Interessen nutzen die Raubjournale, um ihre Anliegen durch scheinbar seriöse Forschung zu befördern. Die Glaubwürdigkeit von Wissenschaft droht massiven Schaden zu nehmen. ●

NDR-Dossier:
https://www.ndr.de/nachrichten/investigation/Dossier-Das-Geschaeft-mit-der-Wissenschaft,fakescience-dossier100.html

Foto: Werner Bachmeier

Ruhe, hier wird gearbeitet!

Alle paar Jahre versammeln sich die europäischen Bildungsminister*innen, um den Stand des „Bologna-Prozesses" zu begutachten. Ihr Treffpunkt im Mai: die Pariser Sorbonne. Genau 20 Jahre zuvor legte die „Sorbonne-Erklärung" den Grundstein für alles, was ein Jahr später in Bologna auf großer europäischer Bühne zu gemeinsamen Zielen der Studienreform wurde: internationale Mobilität, vergleichbare und gestufte Studienabschlüsse sowie Credit-Points. Insofern feiert „Bologna" schon dieses Jahr 20. Geburtstag. Gleicher Ort, 30 Jahre früher war die Sorbonne der Brennpunkt im „Pariser Mai", dem Höhepunkt der 68er-Bewegung in Frankreich. Da drängt sich geradezu die Frage auf, wie sich die Studienreform auf Engagement und Protest auswirkt.

VON MATTHIAS NEIS

Welche Bedeutung Bologna für die gesellschaftliche Einmischung von Student*innen hat, lohnt sich gerade in Deutschland zu erkunden. Denn auch wenn die Reformzutaten europäisch sind, ist die Umsetzung hierzulande spezifisch. Man könnte sagen: typisch deutsch.

Nirgendwo schreiben die Bologna-Dokumente die deutsche Art der Modularisierung vor. Die beruht vielmehr auf Rahmenvorgaben der Kultusministerkonferenz (KMK). So sehen sich Studierende heute einer Flut benoteter Prüfungen ausgesetzt, die dann oft auch noch in den Abschluss einfließen. Ohne das unstrukturierte und sozial hoch selektive alte Studienmodell zu verklären – Kritik an der Verdichtung und Verschulung des Studiums durch „Bologna" ist berechtigt.

Natürlich hat das Auswirkungen auf die Bereitschaft und Möglichkeit von Studierenden, sich zu engagieren. Eine seltsame Ruhe hat sich über die Hochschulen gelegt. Die letzten großen Studierendenproteste liegen fast ein Jahrzehnt zurück. In allen Gremien herrscht Nachwuchsmangel.

Ursache ist nicht nur „Bologna". Hochschulen sind heute eine seltsame Mischung aus ständischen, vordemokratischen Strukturen und dem Wettbewerbsfetisch um internationale Sichtbarkeit, Reputation und Drittmittel. Da bleibt nur wenig Raum für Kritik und Engagement. Die auf Punkte und Module ausgelegte Studienreform fügt sich ein in einen Rahmen, der Kreativität und Selbst-Denken hemmt.

Was eigentlich benötigt wird, hat bei der Sorbonne-Konferenz ausgerechnet der scheidende Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Horst Hippler, zu Protokoll gegeben: „Wir brauchen ein europäisches Bildungsverständnis, das Persönlichkeitsbildung und die Befähigung zu gesellschaftlichem Engagement einbezieht." Wichtig sei, „kritisch zu denken und neue Lösungen für die zahlreichen gesellschaftlichen Herausforderungen zu finden". Stellt sich nur die Frage, warum die Organisation, der Hippler über Jahre vorstand, so wenig dafür tut. Im Gegenteil. Gerade die HRK steht für das Nebeneinander von ständischen Strukturen und ökonomischem Wettbewerb – und blockiert damit das von Hippler geforderte Bildungsverständnis. Solche Kritik an der Studienreform bleibt deshalb immer konservativ und folgenlos.

„Bologna" lässt sich nicht rückabwickeln, selbst wenn man es wollte. Die Bologna-Reform muss neu gedacht werden. Prüfungsdichte und „Verpunktung" sind technische Aspekte, die sich relativ einfach neu justieren lassen. Die Frage, was sich an den Hochschulen insgesamt ändern müsste, ist schwieriger zu beantworten. Und vor allem: Wie sind Alternativen unter den gegebenen Bedingungen durchzusetzen?

Trotz alledem – es gibt Ansätze, wo etwas aufbricht. In Berlin haben gerade tausende studentische Beschäftigte in einem vierwöchigen Streik nach 17 Jahren einen neuen Tarifvertrag durchgesetzt. Damit war der größte Hochschulprotest der vergangenen Jahre ein Arbeitskampf, getragen von Studierenden. Auch der „exzellenten" Bologna-Hochschule ist der Widerspruchsgeist also nicht ganz auszutreiben. Und die nächste Überraschung: Gewerkschaften können offenbar eine wichtige Kraft bei einem solchen Aufbruch sein. Das ist für uns eine Chance – gesellschafts- wie organisationspolitisch. ●

Vielfaltsbewusste Betriebe

Gremien und Betriebe haben die Tendenz, neues Personal im eigen Dunstkreis zu suchen. Doch Vielfalt im Team bringt unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungen zusammen – eine wichtige Voraussetzung für gute, langfristig tragfähige Lösungen bei komplexen Fragen und Problemen. Darüber hinaus ist Diversität gerade in Bildungseinrichtungen ein wichtiges Mittel gegen nationalistische Brandstiftung.

Der INQA-Check „Vielfaltsbewusster Betrieb" stärkt das Diversitätsmanagement im betrieblichen Personalwesen. Entwickelt wurde er in Zusammenarbeit mit Arbeitgebern und Gewerkschaften. Frauenförderpläne, eine ausgewogene Mischung von Jungen und Alten oder auch anonymisierte Bewerbungsverfahren helfen, Diskriminierung zu vermeiden und Qualifikationen zu beurteilen. ● Walo

http://verdi-bw-hessen.de/Vielfalt

Fachtagung „Vielfachbewusster Betrieb" am 29. November 2018 in Frankfurt/Main. Kontakt: **info-ks@verdi-bw-hessen.de**

Bibliotheken – Orte der Aufklärung

Künftig sollen Bibliotheken nicht mehr nur Orte für Leser*innen sein, sondern auch Räume für Begegnungen, Veranstaltungen und Gruppentreffen jeglicher Art. Die Zentrale-Landesbibliothtek Berlin (ZLB) in Berlin macht es vor: An Sonntagen organisieren Agenturen dort Events, so dass die Bibliothek ohne Fachpersonal öffnen kann. Anderswo werden Mittags- oder Abendstunden entsprechend genutzt. So entstehen barrierefreie, kostenlos zugängliche Orte, die nicht nur von Buchliebhaber*innen bevölkert werden.

Dass das Konzept ‚open library' erfolgreich ist, ist unbestritten. Zu fragen ist allerdings, ob solche Maßnahmen dem Auftrag der Bibliotheken entsprechen, Zugang zu Wissen zu bieten – auch zum Beispiel über die digitale Welt und soziale Netzwerke.

Manipulationen im Informations- und Meinungsbereich, Hetze und Fake-News sind inzwischen an der Tagesordnung. Vorlieben und Konsumgewohnheiten werden ausspioniert und entsprechende Angebote an die Nutzenden herangetragen. Zwar wahrt die Rechtssprechung die Grundrechte auf Information und auf Schutz persönlicher Daten. Doch auch darüber muss man erst einmal Bescheid wissen.

Das alles macht in Bibliotheken die Anwesenheit von Bibliotheksbeschäftigten unabdingbar. Sie sind kundig und können vermitteln, wie sich seriöse Informationen von „alternativen Fakten" unterscheiden. Sie sind in der Lage, den Nutzenden zuverlässige Informationen bereitzustellen – sei es in Form von Büchern oder als Online-Ressourcen. Und sie können aufklären über die Möglichkeit von Fehlinformationen und Gefahren im Netz. All das ist dringend nötig – aber nur möglich, wenn die räumliche und personelle Grundausstattung der Bibliotheken ausreicht. Ist das jederzeit gegeben, kann es zusätzlich auch noch Familientreffen, Bastelnachmittage oder kulturelle Events geben. ● Monika Fomenko

Blick auf Weiterbildung öffnen

Der Weiterbildung soll künftig eine größere Bedeutung zukommen – so jedenfalls liest es sich im Koalitionsvertrag. Dort taucht der Begriff 46 mal auf. Dabei wird schnell klar: Weiterbildung wird insbesondere im Kontext von Arbeitsmarktpolitik gedacht.

Digitalisierung ist unbestritten eine der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen und wird auch die Arbeitswelt radikal verändern. Unter dieser Überschrift haben die Koalitionsparteien viele Absichten zusammengefasst. Dort findet sich auch das Ziel, mit einer „Nationalen Weiterbildungsstrategie" den beruflichen Aufstieg zu erleichtern und die Beschäftigungsfähigkeit nachhaltig zu fördern. Die Regierung weckt die Erwartung, durch Bündelung aller Landes- und Bundesprogramme, die Verzahnung von arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Instrumenten sowie den Rechtsanspruch auf Weiterbildungsberatung die „losen Enden" zusammenzuführen. Vieles bleibt jedoch vage. Außerdem stellen sich Fragen zum Beispiel zu Bildungsfreistellung und -finanzierung: Werden die Angebote für lebenslanges Lernen künftig auch diejenigen erreichen, die sich Weiterbildung bisher schlicht nicht leisten können? In welcher Richtung soll die Bundesagentur für Arbeit beraten, wenn wir „noch" nicht wissen, welche Fachkräfte morgen gebraucht werden?

Die Gefahr zeichnet sich ab, dass die Regierung ihre Weiterbildungspolitik zu eng auf die heutige Arbeitsmarktperspektive fokussiert und vorwiegend auf schnell verwertbares Wissen setzt. Unbedingt zu berücksichtigen sind aber auch die Folgen anderer gesellschaftlicher Transformationsprozesse und

Foto: Werner Bachmeier

Lernen ist eine lebenslange Beschäftigung

des demografischen Wandels. Was fehlt, ist eine Vision und ein ganzheitlicher Bildungsansatz im Humboldtschen Sinne, bei dem selbst und kritisch zu denken zentrale Lernziele sind.

Weiterbildung soll allen Menschen die Teilhabe an guter Erwerbsarbeit und persönlicher Entwicklung ermöglichen. Was deshalb in Zukunft gebraucht wird, sind lernmethodische Kompetenzen. Qualifizierung in diesem Sinne ist nicht nur der Schlüssel zu einer sicheren beruflichen Entwicklung auch unter Bedingungen, die sich laufend und teilweise radikal ändern. Sie ist auch die wichtigste Voraussetzung für die Integration von Menschen, die zu uns kommen, um hier in Sicherheit leben zu können. Der Anspruch des lebenslangen Lernens muss deshalb das gesamte Bildungssystem in den Blick nehmen und darauf abzielen, dass die Stationen des Lernens wie Zahnräder ineinandergreifen. Das setzt ein grundlegendes Umdenken voraus. ●

Anne Voß

Vom Ende und Neuanfang der europäischen Sozialdemokratie

Bei den niederländischen Parlamentswahlen 2017 wurde die traditionsreiche Partij van de Arbeid (PvdA) fast pulverisiert: In der zweiten Volkskammer erreichte sie nur noch 5,7 Prozent der Sitze – davor waren es noch 24,7 Prozent gewesen. Das Wahlergebnis in Frankreich sah ähnlich aus: In der Nationalversammlung sind die Sozialisten nur noch mit 5,38 Prozent vertreten. Auch in Deutschland dümpelt die SPD bei gerade einmal 20 Prozent. Ist das der Anfang vom Ende der europäischen Sozialdemokratie?

VON CARSTEN BAUER

Der aktuelle Niedergang hat eine lange Vorgeschichte. Vor etwa 20 Jahren erstarkten die sozialdemokratischen Parteien. Der britische Premierminister Tony Blair (Labour) und der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) veröffentlichten am 8. Juni 1999 gemeinsam das sogenannte Schröder-Blair-Papier – ein Modernisierungskonzept für die europäische Sozialdemokratie. Unter dem Schlagwort „Neue Mitte" zeichneten sie darin neue Positionen und Leitbilder auf: Der dritte Weg sollte zwischen dem wirtschafts- bzw. neoliberalen Kapitalismus und der klassischen Sozialdemokratie entlangführen.

In der Regierung fuhren sie nun einen wirtschaftsfreundlichen Kurs. Sie senkten Einkommens- und Unternehmenssteuern und liberalisierten den Finanzmarkt. Es waren Sozialdemokraten, die erstmals Hedgefonds zuließen. Und dann begannen sie, das Sozialsystem und die Arbeitsmarktgesetze zu reformieren. Der eigentliche Sündenfall – sozialdemokratisch gesehen – waren aber nicht die Arbeitsmarktreformen, sondern die Entscheidungen zur Steuerpolitik. Die Sätze für hohe Einkommen sowie für Erträge aus Unternehmenstätigkeiten wurden runtergeschraubt. Dahinter steckte allerdings weniger Verrat als die Tatsache, dass die Sozialdemokratie dem neoliberalen Zeitgeist damals auf den Leim gegangen ist.

Foto: Werner Bachmeier

Die alte Tante SPD auf hoher See

Großbritannien: Wir holen uns Eisenbahn, Energieversorgung, Post und Wasser zurück

Gute Nachrichten für Sozialdemokrat*innen kommen derzeit eigentlich nur aus Großbritannien. Auf dem Parteitag in Brighton im vergangenen September ließ sich Labour-Chef Jeremy Corbyn dafür feiern, dass es der Partei bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni gelungen war, die regierenden Tories an den Rand einer Niederlage zu bringen. Niemand hätte Labour ein solches Wahlergebnis zugetraut, nicht einmal die Mitglieder der Partei selbst. 40 Prozent der britischen Wähler*innen gaben Labour ihre Stimme – das sind fast zehn Prozent und 30 Abgeordnetenmandate mehr als bei der vorangegangenen Wahl. „So treffen wir uns hier diese Woche als geeinte Partei, die in jedem Teil Großbritanniens das Vertrauen von Millionen unserer Mitbürger*innen gewinnt," so Corbyn.

Weil es für die konservative Premierministerin Theresa May nur noch für eine Minderheitsregierung gereicht hat, steht Labour gewissermaßen in den Startlöchern, um die Regierung zu übernehmen. Corbyn hat bereits ein Schattenkabinett zusammengestellt. Der Schatten-Finanzminister John McDonnell erläuterte auf dem Parteitag schon einmal das wirtschafts- und finanzpolitische Programm im Fall einer Regierungsübernahme: „Eine Wirtschaft für die Vielen aufzubauen heißt auch, die Versorgungsunternehmen der Kontrolle des Volkes zu unterwerfen, das sie nutzt. Die Leute sollen keinen Zweifel daran haben: Eisenbahn, Wasser, Energieversorgung, die Post – wir holen uns das zurück!"

Na, das wäre doch mal ein reeller sozialdemokratischer Ansatz. Und das ist das, was auch ver.di seit der Gründung fordert. ●

Arbeitsweltliche Spurensuche

Die ständige Unsicherheit in vielen Betrieben durch Outsourcing, Kontrolle und laufende Bewährung spielt der AfD in die Hände. Das ist eine zentrale These einer Untersuchung, die auf 100 Interviews mit Betriebsrät*innen, Vertrauensleuten und Gewerkschaftssekretär*innen beruht. Den Rechtspopulisten gelingt es, Existenzangst in Wut gegen Geflüchtete und die etablierten Parteien umzumünzen. Das Buch schildert anschaulich, wie die Stimmung in vielen Betrieben ist und was dort beim Mittagessen geredet wird. Als Gegenmittel empfehlen die Autor*innen alles, was zu einer angstfreieren Arbeitswelt beiträgt. Den Gewerkschaften raten sie, stärker auf Konfrontation gegenüber den Arbeitgebern zu setzen. ●

Dieter Sauer u.a.
Rechtspopulismus und Gewerkschaften – eine arbeitsweltliche Spurensuche
216 Seiten, 14.80 Euro.

Ute Kittel ist Mitglied im ver.di-Bundesvorstand und leitet den Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung

Foto: ver.di

Auch Gewerkschaftsmitglieder wählen AfD

***biwifo*:** Die DGB-Gewerkschaften positionieren sich klar gegen Rechtsparteien. Zugleich belegen Studien seit Mitte der 1990er Jahre, dass überdurchschnittlich viele Gewerkschaftsmitglieder fremdenfeindliche Einstellungen haben und ein erheblicher Teil auch AfD wählt. Trifft das auch auf ver.di zu?

Ute Kittel: *Jedenfalls ist anzunehmen, dass es eine Menge AfD-Wähler*innen auch unter den ver.di-Mitgliedern gibt. Das ist wenig verwunderlich – schließlich sind wir mit unserer Mitgliedschaft auch ein Spiegel der Gesellschaft und bilden insofern vielfältige gesellschaftliche Strömungen ab.*

Insbesondere nach der Bundestagswahl ist der befürchtete Rechtsruck in unserer Gesellschaft an vielen Stellen deutlich spürbar, und er kommt nun auch verstärkt in den Betrieben und Dienststellen zum Vorschein. Mir erscheint es aber auch wichtig zu differenzieren. Nicht alle, die die AfD gewählt haben, sind automatisch auch fremdenfeindlich. Manche wollten ihrem Protest gegen die etablierten Parteien Ausdruck geben. Oft fehlt es auch an Aufklärung.

*Aus dem Erleben zunehmender Ungerechtigkeit, ungelöster Probleme vom Rentensystem bis hin zum Klimawandel erleben viele die Grenzen unserer Regierung und der Parteien. Viele unserer gesellschaftlichen Probleme sind aber auch durch einfache Lösungen nicht mehr zu beheben. Ich glaube, dass sich Lösungen nur noch gemeinsam – mit allen gesellschaftlichen Gruppen – in einem demokratischen Miteinander entwickeln lassen. Hier sind wir Gewerkschafter*innen gefordert. Wir müssen für die Grundrechte und -regeln unserer Demokratie und damit für diesen Dialog öffentlich einstehen, und wir müssen unsere Vorstellungen für eine solidarische und gerechte Gesellschaft einbringen.*

Lieber darüber schweigen oder offensiv angehen – wie geht ver.di mit solchen Positionen in den eigenen Reihen um?

*Auf keinen Fall schweigen. Wir haben da eine klare Haltung. Mit Mitgliedern, die bekennende AfD-Wähler*innen sind, gehen wir in den Diskurs. Wir klären auf, für was die AfD steht – auch im Hinblick auf Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmer*innenrechte. Da stellen wir dann oft fest, dass vieles nicht bekannt ist. Wer liest sich schon ein ganzes Parteiprogramm durch? Wenn wir mit diesen Mitgliedern reden, merken wir häufig, dass sie die Ziele der Partei eigentlich gar nicht unterstützen wollen. Oft ist da Verdrossenheit, Frust und sozialer Protest und sie berichten, dass sie mal „ein Zeichen setzen wollten". Dann wird klar, wie die AfD auch Wähler fischt, indem sie mit Ängsten spielt und sie verstärkt.*

*Anders sieht es bei AfD-Parteifunktionär*innen aus. Die laden wir grundsätzlich nicht ein in politische Runden, Podiumsdiskussionen oder Veranstaltungen, weil wir ihnen keine Plattform bieten wollen für ihre oft menschenverachtende und rechtspopulistische Hetze. Da sind wir konsequent – auch weil die AfD dort, wo sie in den Parlamenten vertreten ist, nicht durch Sachkenntnis auffällt, sondern durch Populismus.*

Gewerkschaften betonen die internationale Solidarität – sind traditionell aber in den Grenzen von Nationalstaaten organisiert. Ist das noch zeitgemäß?

Alles ist notwendig: Internationale Zusammenarbeit ist ebenso wichtig wie die Arbeit auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Die Globalisierung, gepaart mit Digitalisierung der Arbeitswelt, erfordert internationales Denken und Handeln. Andererseits sind die Arbeitsbedingungen weiterhin überwiegend durch nationale Gesetze geregelt.

Politische Entwicklungen in der EU und weltweit machen deutlich, dass internationale Solidarität wichtig ist. Und es zeigt sich, dass wir beispielsweise bei der Entwicklung des europäischen Forschungs- und Wissenschaftsraums internationale Entwicklungen stärker beeinflussen müssen.

Bildung erscheint vielen als der zentrale Ansatz, um Ängsten und „alternativen Fakten" zu begegnen. Was heißt das konkret für ver.dis politische Bildungsarbeit?

Politische Bildungsarbeit hatte für Gewerkschaften immer eine große Bedeutung – und gerade jetzt wird es zunehmend wichtig, zentrale politische Themen in die Programme aufzunehmen. Welchen Wert hat Demokratie für uns, was bedeutet gelebte Solidarität auch international, wie kann Ausgrenzung und Diskriminierung entgegengetreten werden? Neben klassischen Seminaren hierzu müssen wir spezielle Bildungsangebote gegen Diskriminierung weiter ausbauen.

Aber auch für das gesamte Bildungssystem ergeben sich Konsequenzen. Beginnend in den Kindertagesstätten über alle Bildungseinrichtungen hinweg muss Demokratie gelernt, aber für alle Beteiligten immer auch gelebt werden. Hierzu braucht es an vielen Stellen ein Umdenken, denn Demokratie ist – wie wir gerade auch erleben – keine Selbstverständlichkeit.

Du hast einen Wunsch frei an die Bundesregierung: Was forderst Du?

Dass der Bildungsetat mindestens genauso groß wird wie der Rüstungsetat. Bildung statt Kanonen! ●

Interview: Annette Jensen

M E L D U N G E N

Rote Stunde auf dem Bibliothekartag in Berlin

Ein ungewöhnliches Format haben die ver.di-Bibliothekar*innen für den diesjährigen 107. Deutschen Bibliothekartag in Berlin gewählt. Am 13. Juni luden sie am Rande des größten Weiterbildungsevents für das Bibliothekswesen hungrige Teilnehmer*innen mit „müden Füßen" zu Würstchen, Getränk und Gesprächen ein. Gefühlt kamen (fast) alle. Jedenfalls wimmelte es in dem lauschigen Gartenlokal gegenüber vom Kongresshotel nur so von rede- und diskussionsfreudigen verdianer*innen und Neugierigen. Dabei ging es ebenso um Bibliotheksthemen wie um Gewerkschaftliches. Einhellige Meinung: Macht das bitte nächstes Jahr in Leipzig wieder! Lust hätten wir schon.

Weltbank auf der schiefen Bahn

Der Weltentwicklungsbericht 2018 dreht sich um das Thema Bildung. Der Grundsatzbericht der Weltbank 2019 ist mit dem Schwerpunkt „Wesen der Arbeit" angekündigt. Nachdem Entwürfe bekannt geworden sind, macht der DGB dagegen mobil: Arbeitnehmer*innen werden dort vor allem als Kostenfaktor gesehen, Regulierungen am Arbeitsmarkt als Gefahr für die Wirtschaftsdynamik. Bereits vor Monaten hatte der internationale Gewerkschaftsbund ITUC gegen die absehbare Tendenz des Papiers protestiert – offenbar ohne Konsequenzen. Der Bericht soll im Herbst veröffentlicht werden.

Aussichten auf Personalrätepreis

Im November wird entschieden, wohin der Personalrätepreis dieses Jahr geht. Nominiert sind auch zwei Universitäten: Die TU Dresden und die Universität Koblenz-Landau. Wir drücken die Daumen!

Aufwertung schafft Abwertung

Exzellenz – zweite Runde: Ende September wird die Bewilligungskommission bekannt geben, welche Cluster künftig gefördert werden. Dabei geht es um die Unterstützung von Projekten in Forschungsfeldern einzelner Universitäten oder von Universitätsverbünden. Mitte Dezember ist dann Abgabeschluss für die Bewerbungen als Exzellenzuniversitäten, über die im kommenden Sommer entschieden wird. Die 2016 beschlossene „Exzellenzstrategie" ist das Nachfolgeprogramm der „Exzellenzinitiative" zur Spitzenforschung, für die zwischen 2006 und 2017 zusammen 4,6 Milliarden Euro an ausgewählte Universitäten flossen. Mit dem neuen Programm werden nun weitere 5,3 Milliarden ausgeschüttet.

Problematisch dabei ist, dass über die Förderrichtlinie „Zukunftskonzept" nur einzelne Universitäten eine offizielle Statusaufwertung erfahren. Anders als Forschungsmittel, die schon heute ungleich verteilt, aber nur von Fachkreisen wahrgenommen werden, schafft der verliehene Elite-Status ein Prädikatssiegel für Studieninteressierte, Eltern und Arbeitgeber. Die haben bisher bei der Abschätzung der Qualität Orientierung in einem Meer verschiedener Rankings gesucht. Nun aber führt die offizielle Aufwertung der Wenigen zugleich zu einer Abwertung der Vielen. Diese Polarisierung bedroht dabei die größte Stärke unseres Hochschulsystems: die Qualität in der Breite. Bisher herrscht Vertrauen, dass eine universitäre Ausbildung unabhängig vom Standort auf solider Basis gewährleistet wird. Nun wird der Elitestatus einzelner Universitäten deren Abschlüsse aufwerten und auch Einfluss auf die Besetzung von Spitzenpositionen nehmen.

Wohin eine solche Entwicklung führt, lässt sich in England und den USA betrachten. Das Prinzip von Chancengleichheit und gleicher Bezahlung wird ersetzt durch die Bezahlung nach der Universität, von der das Abschlusszeugnis stammt. Zwar ist der Anteil der Studierenden in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen – doch über die Vergrößerung der Qualitätsunterschiede werden erneut Eliten geschaffen. Dabei verleihen öffentliche Bildungsträger alten und neuen Eliten Argumente für eine stärkere Ungleichbehandlung. Aus diesem Grund ist die Exzellenzstrategie vehement zu kritisieren und abzulehnen. ●

Harun Demircan

§

Kleines 1 x 1 zum neuen Datenschutz

Ende Mai trat das neue Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) in Kraft. Es soll die informationelle Selbstbestimmung stärken und Persönlichkeitsrechte besser wahren. Unternehmen und Dienststellen sind verpflichtet, die Daten ihrer Beschäftigten zu schützen.

§ 26 Abs. 1 BDSG erlaubt es Arbeitgebern, personenbezogene Daten zu speichern und zu verarbeiten, wenn die nötig sind, um Arbeitsverträge, Betriebsvereinbarungen, Tarifverträge oder gesetzliche Bestimmungen einzuhalten. Auch der Betriebsrat bzw. Personalrat hat Anspruch auf personenbezogenen Daten, wenn er sie braucht, um seine Informations- und Beteiligungsrechte wahrzunehmen. Er darf diese Daten auch weitergeben, um seine Aufgaben ordnungsgemäß durchzuführen.

Zugleich sind die Interessenvertretungen aber auch Teil des Unternehmens und müssen die Datenschutzbestimmungen einhalten. Sie haben die Daten zu sichern und dürfen keine Vorratsdatenspeicherung auf den eigenen Computern oder sonstwie betreiben. Außerdem müssen sie die „Rechte der betroffenen Personen" beachten, was u. a. bedeutet, dass Beschäftigte die Löschung von Daten verlangen können. Der betrieblich bestellte Datenschutzbeauftragte (§ 38 BDSG) hat keine Kontrollbefugnis im Betriebsrats- oder Personalratsbüro, wie das Bundesarbeitsgerichts klargestellt hat. ●

ver.di b+b – Bildung und Beratung

Seminare dazu:
www.verdi-bub.de/digitalisierungsseminare

TV-Stud macht Schule

Foto: Berliner Studierende*r

Der Streik der Berliner Studierenden war von Erfolg gekrönt

Das Medieninteresse war mäßig – schließlich werden bundesweit jährlich 6.000 bis 7.000 Tarifauseinandersetzungen geführt. Und doch ist in Berlin etwas ganz Großes gelungen: Nach zähem Kampf ist der Tarifvertrag studentische Beschäftigte (TV Stud) unter Dach und Fach: Ab 1. Juli gibt es nun 12,30 € pro Stunde – 1,32 € mehr als bisher. Und in den kommenden Jahren geht es weiter aufwärts. Das spornt Initiativen in Hamburg, Bremen und anderswo an, ebenfalls Tarifinitiativen aufzubauen.

VON THOMAS WEISZ

Hochschulen sind traditionell Orte prekärer Beschäftigung. Hier herrscht eine ausgeprägte Konkurrenz um die wenigen Stellen, die Hierarchieverhältnisse sind ausgeprägt. Meist sind nur wenige Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert, Arbeitskämpfe finden hier selten statt.

Und doch ist es den Kolleg*innen in Berlin gelungen,1000 studentische Beschäftigte neu zu organisieren, einen ausdauernden Arbeitskampf zu führen und am Ende gegen den vehementen Widerstand der Hochschulleitungen einen neuen Tarifvertrag durchzusetzen. Das Berliner Beispiel zeigt, dass studentische Beschäftigte solidarisch zusammenstehen und erfolgreiche Arbeitskämpfe sogar im Wissenschaftsbereich möglich sind. (mehr Infos: **https://tvstud.berlin/**)

In der Hansestadt Hamburg erzeugte der Tarifabschluss in Berlin einen starken Impuls: Zu Beginn des Wintersemesters sollen auch hier die Arbeitsbedingungen von studentischen Beschäftigten kreativ und lautstark zum Thema gemacht werden. Bereits seit einigen Jahren engagieren sich Betroffene und Gewerkschaften für die Verbesserung der Situation. Im vergangenen Wintersemester führte die DGB-Hochschulgruppe eine Befragung durch. Dabei wurden Mängel insbesondere bei Urlaubsansprüchen und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall deutlich. Auch bewegt sich die Bezahlung auf Mindestlohnniveau. Hinzu kommen uneinheitliche Vertragsverhältnisse und häufige Befristungen auf wenige Monate. (mehr Infos: **facebook-Initiative Studentisch Beschäftigte Hamburg**)

Für die Verbesserung dieser Arbeitsverhältnisse setzt sich inzwischen ein ganzes Netzwerk ein. Neben den ver.di-Studis und der DGB-Hochschulgruppe ist auch der AStA der Uni Hamburg dabei und hat sogar eine neue Projektstelle eingerichtet. Darüber hinaus engagiert sich die offene Studi-Gruppe „AGarbeitskampf_uhh", die aus einer Uni-Besetzung hervorgegangen ist. Jenseits der Hochschulwelt gibt es Unterstützung durch unterschiedliche gewerkschaftliche Akteure – unter anderem die ver.di Jugend und den Hamburger DGB. Auch Kolleg*innen von anderen Statusgruppen an der Universität stellen sich hinter die Forderungen. Und im Bundesland Bremen formiert sich rund um das gewerkschaftliche Hochschul-Informations-Büro an der Universität ebenfalls eine offene Gruppe, die sich für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte einsetzt.

Die Tarif-Initiativen in den beiden großen Hansestädten stehen zwar noch am Anfang – doch der Erfahrungsaustausch mit Berliner Engagierten gibt Rückenwind. Um den Aufbau von Strukturen zu erleichtern, erarbeitet die Bundesarbeitsgruppe Studierende in ver.di momentan eine Broschüre. Die soll den Berliner Arbeitskampf beleuchten, seine Vorgeschichte und die Erfolgsfaktoren beschreiben und Tipps und Anregungen für den Aufbau von Tarif-Initiativen geben.

Wir haben noch viel vor uns auf dem Weg zu einem bundesweiten Tarifvertrag für studentische Beschäftigte. Deshalb freuen wir uns über neue Mitstreiter*innen! Schafft ein, zwei, viele TV-Stud! ●

MELDUNGEN

Abrüsten statt aufrüsten

ver.di unterstützt die Initiative „Abrüsten statt aufrüsten". Gegenwärtig läuft eine Unterschriftenkampagne, mit der der Militätetat erst einmal eingefroren werden soll; die Bundesregierung plant gegenwärtig eine Verdopplung des Wehretats **(https://abruesten.jetzt/).** Wer im Gewerkschaftshaus oder im Betriebsratsbüro Kampagnenplakate aufhängen will, kann sie bestellen bei **uwe.woetzel@verdi.de**

Bremer Hochschulgesetz novelliert

Im neuen Bremer Hochschulgesetz wurden Tenure-Track-Optionen im Bereich des wissenschaftlichen Mittelbaus verankert. Das Verfahren eröffnet die Chance, nach einer befristeten Bewährungszeit eine Langfriststelle zu erhalten. Die Verträge für (Senior)-Researcher und (Senior)-Lecturer sind zunächst auf vier Jahre befristet. Es gibt eine Zielvereinbarung und frühestens nach zwei Jahren kann der oder die Mitarbeiter*in eine Evaluation beantragen. Der Kommission gehört auch der Personalrat an.

Da die Uni Bremen jedoch zu 50 % aus Drittmitteln finanziert wird und bei Grundmitteln hoffnungslos unterausgestattet ist, besteht die Gefahr, dass es nur marginale Veränderungen gibt: Der Personalrat fordert 200 Tenure-Track-Stellen, die Universitätsleitung will lediglich 30 einrichten.

Aktionswoche „Gutes Studium"

Vom 19. bis 20. Oktober findet eine Aktivenkonferenz in Hattingen statt. Dort soll die Aktionswoche „Gutes Studium" vorbereitet werden, die ab dem 3. Dezember an möglichst vielen Hochschulen laufen soll. **www.dgb-seminare.de/seminare/aktivenkonferenz/**

DER „BESONDERE"

ver.di und DAA schließen Kollektivvertrag sui generis

Am 30. April 2018 unterzeichneten DAA und ver.di eine „Kollektivvereinbarung sui generis" **(zum Begriff: siehe unten).** Damit ist der Streit um die Tariffähigkeit der DAA GmbH beigelegt, der rechtsfreie Zustand beendet. Für Entgelt, allgemeine Anstellungsbedingungen, Eingruppierungen, Vorteilsregelungen für ver.di-Mitglieder, Jahressonderzahlungen – kurz über alles, was üblicherweise in Tarifverträgen geregelt ist, treffen ver.di und DAA jeweils Vereinbarungen sui generis.

Die Arbeits- und Einkommensbedingungen werden künftig zwischen der ver.di-Tarifkommission und DAA GmbH verhandelt. Eine Friedenspflicht gilt zu keinem Zeitpunkt. Die DAA hat gegenüber ver.di zugesagt, die vereinbarten Verhandlungsergebnisse rechtsverbindlich für die Arbeitnehmer*innen umzusetzen. Bald wird die Tarifkommission Forderungen für die anstehenden Gehaltsverhandlungen beschließen.

„Sui generis"

„Sui generis" ist lateinisch und heißt übersetzt „eigene Art". Im Zusammenhang mit Verträgen werden damit Abkommen bezeichnet, die nicht den üblichen Vertragstypen im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) entsprechen. So ist Leasing als Vertragsform weder ein Kauf- noch Mietvertrag und im BGB nicht vorgesehen. Dasselbe gilt etwa für „Integrationsvereinbarungen". Somit handelt es sich um Verträge der „besonderen" Art. Auch bei EU-Institution sprechen Rechtswissenschaftler von Gebilden „sui generis", da sie weder Bundesstaat noch Staatenbund, sondern völkerrechtlich einzigartig sind.

Mindestlohn in der Weiterbildung steigt

Stufe 1 (unter Niveau 6 DQR)			39 Std./Woche	40 Std./Woche
01.01.2019:	3,00 %	(15,72 €/h)	2.665,67 €	2.734,02 €
01.01.2020:	3,00 %	(16,19 €/h)	2.745,37 €	2.815,76 €
01.01.2021:	3,00 %	(16,68 €/h)	2.828,46 €	2.900,99 €
01.01.2022:	3,00 %	(17,18 €/h)	2.913,25 €	2.987,95 €
in summa	+ 12,55 %	+ 1,92 €	+ 325,58 €	+ 333,93 €
Stufe 2 (Niveau 6 DQR und höher)			**39 Std./Woche**	**40 Std./Woche**
01.01.2019:	3,50 %	(15,79 €/h)	2.677,54 €	2.746,91 €
01.01.2020:	3,75 %	(16,38 €/h)	2.777,59 €	2.848,81 €
01.01.2021:	3,90 %	(17,02 €/h)	2.886,12 €	2.960,12 €
01.01.2022:	4,00 %	(17,70 €/h)	3.001,42 €	3.078,38 €
in summa:	+ 16,03 %	+ 2,44 €	+ 413,75 €	+ 424,36 €

Teilzeitkräfte können über folgende Formel ihren künftigen Lohn ermitteln:
Mindeststundenvergütung x vereinbarte regelmäßige Wochenarbeitszeit x 4,348

Der Mindestlohn für das pädagogische Personal in der SGB II/III geförderten Weiterbildung steigt ab 2019 deutlich. Dabei wird differenziert, welche Qualifikation die Unterrichtenden mitbringen. Ausschlaggebend für die Zuordnung zu einer der beiden Stufen ist der *Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR).* Darin haben Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und Kultusministerkonferenz (KMK) die Qualifikationen verschiedenen Niveaus zugeordnet. Beschäftigte, die mindestens über einen Abschluss mit dem DQR-Niveau 6 verfügen, steht Stufe 2 zu. Dazu zählen insbesondere folgende Abschlüsse: Meister*in/Techniker*in, Bachelor, staatlich anerkannte Erzieher*in, Sozialpädagog*in, geprüfte*r Fachkaufmann/ Fachkauffrau, geprüfte*r Fachwirt*in oder geprüfte*r Aus- und Weiterbildungspädagog*in.

Es ist gelungen, eine schrittweise Annäherung zum TVöD zu erzielen. Zum Vergleich: Sozialpädagog*innen im Öffentlichen Dienst erhalten seit 1. März 2018 ein Einstiegsgehalt von monatlich 2.933,26 €. Die Tarifvertragsparteien stellen nun gemeinsam beim Bundesarbeitsministerium einen Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit. ●

Anne Voß/Dirk Heitmann

Foto: ver.di

(v.l.n.r.) Ulrich Hempe, Sprecher BAG Studentenwerke; Anne Voß, Leiterin BAG Studentenwerke; Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerkes; Ute Kittel, Bundesfachbereichsleiterin sowie Reinhard Dudzig, stellv. Sprecher BAG

Gemeinsam nach vorn schauen

Immer wieder ziehen ver.di und das Deutsche Studentenwerk (DSW) an einem Strang. So hatte die ver.di Kampagne „BILDUNG KOSTET" im sächsischen Landtagswahlkampf durchschlagenden Erfolg. Mit Unterstützung der Geschäftsführungen der Studentenwerke und des DSW gelang es, die staatlichen Zuschüsse für die – nicht nur in Sachsen – chronisch unterfinanzierte Studentenwerke erheblich zu erhöhen. In Rheinland-Pfalz konnte die Bezahlung der Erzieher*innen nach den Regelungen für den Sozial- und Erziehungsdienst im Öffentlichen Dienst durchgesetzt werden. Wieder ein Erfolg: Die Große Koalition will künftig studentisches Wohnen mit Bundesmitteln finanziell unterstützen. Aber nicht alles läuft rund in der Zusammenarbeit. Es hapert unter anderem an der Qualifizierung der Mitarbeiter*innen, die Entgeltgruppe 1 bleibt vielerorts ein Problem. Punkte, die wir gemeinsam angehen. Wir bleiben im Gespräch. ●

Solidarisch wohnen

Mieten und Wohnen sind ein brennendes Thema – auch für mich. Gerade wurde mir mitgeteilt, dass meine Kaltmiete ab Oktober um 15 % erhöht wird. Umso interessierter bin ich an Wohnformen, die einen sozialverträglichen Weg verfolgen. Ein solches Beispiel habe ich in dem Projekthaus Potsdam-Babelsberg am Griebnitzsee gefunden. Die Argumentation von Mit-Initiator Christian klingt logisch: Geringe Miete bedeutet weniger Erwerbsarbeitszwang, bedeutet mehr Zeit für soziale Projekte und die wichtigen Dinge im Leben.

VON MIRJAM SORGE

Foto: Mirjam Sorge

Im Projekthaus Potsdam-Babelsberg leben 40 Personen zwischen vier und 55 Jahren in Familien-, WG- oder Paarkonstellationen. Sie sind vielfältig und international und bestimmen gemeinschaftlich und demokratisch – auch über die Höhe der Miete. Sie wollen nicht nur „schöner wohnen", sondern neue Lösungswege für die drängenden gesellschaftlichen und globalen Probleme erproben und öffentlich diskutieren.

Der von ihnen gegründete Verein Projekthaus e.V. stellt Wohnen als einen von fünf Lebensbereichen neben Arbeiten, Kultur, Bildung und gesellschaftlichem Engagement heraus und möchten alles miteinander verbinden. Deshalb gibt es auf dem 5800 Quadratmeter großen Gelände mit großem Garten nicht nur ein energieeffizientes Wohnhaus, sondern auch Büros und für jede*n zugängliche Werkstätten, wo geteilt wird, was fürs Selbermachen nötig ist: Wissen und Materialien, Werkzeuge, Maschinen und Räume.

Gleich vorne auf dem offen zugänglichen Areal steht das 2014 fertiggestellte Passivhaus, das 20 Personen bewohnen. Auf dem Gelände gibt es auch ein Projekthausbüro, wo regelmäßige Beratungen zur Gründung von Wohnprojekten und zu energieeffizientem Bauen stattfinden. Christian erzählt, dass die Gruppe mit dem Neubau ganz praktisch beweisen wollte, dass Passivhausstandard nicht teuer sein muss, wie Bauunternehmen und Politik oft behaupten. Dank einer Kombination aus einem guten Architektenteam, kostengünstigen Krediten, einer effektiven Bauweise und Eigenleistungen kostet der Quadratmeter 7,40 Euro kalt. Da kaum Heizkosten anfallen, ist das relativ günstig insbesondere in einer Gegend, wo sich viele Nachbarn in ihren Villen hinter hohen Hecken verschanzen.

Geht man die Einfahrt weiter hinauf, steht man vor der ehemaligen Eigentümervilla der Netzfabrik Babelsberg, in der sich Seminar- und Gästeschlafzimmer, Büros und Gemeinschaftsräume befinden. Nebenan und gegenüber liegen die Werkstätten, wo genäht, gesägt und geschraubt, Keramik hergestellt, geschmiedet und Fahrräder repariert werden.

Mehrheitsgesellschafter des Projekts ist der Verein, aber auch das Miethäuser Syndikat ist beteiligt. Dadurch ist das Gebäude dauerhaft dem Markt entzogen und kann nicht privatisiert werden. Bundesweit haben sich schon 130 selbstverwaltete Hausprojekte im Miethäuser Syndikat organisiert, 19 sind im Aufbau. Finanziert werden sie nicht nur durch Banken, sondern durch solidarische Direktkredite von Bewohner*innen und Unterstützer*innen des Netzwerks. Mieter*innen von Mietshäusersyndikaten wie das in Potsdam-Babelsberg unterstützen durch ihre zusätzliche Mietabgaben von 0,1 Euro/m² im Monat neue Initiativen. Christian erzählt, dass das Netzwerk aber auch umgekehrt nach wie vor sehr hilfreich ist: Über AGs und Mailinglisten lassen sich Tipps für viele Alltagsprobleme schnell organisieren.

Der Besuch im Projekthaus hat mich beeindruckt: Ganz unterschiedliche Menschen leben hier zusammen, haben aber auch Rückzugsräume fürs Private. Sollte eine Person mal in finanziellen Schwierigkeiten stecken, hilft ein Sozialfonds aus. Dieser wurde eingerichtet, damit niemand auf der Straße landet, nur weil er oder sie mal die Miete nicht zahlen kann. ●

S E R V I C E

ver.di hilft Mietern

57 % der Einwohner*innen Deutschlands leben zur Miete. Im Durchschnitt geben die Menschen hierzulande schon heute 35 % ihres Haushaltseinkommens fürs Wohnen aus – und vor allem in den Großstädten steigen die Mieten massiv. Kein Wunder, dass 74 % Angst davor haben, über kurz oder lang ihre Wohnung zu verlieren, wie eine Studie des Deutschen Caritasverbandes von Anfang des Jahres belegt.

ver.di hat die Ursachen der Misere in einem wohnungspolitischen Papier beschrieben: Es „rächen sich die Versäumnisse auf dem Feld der Wohnungspolitik der letzten 20 Jahre. Der Staat hat viele Jahre auf aktive Wohnungsbaupolitik verzichtet. Bis 2013 wurde kaum in den Neubau von Wohnungen investiert. Gab es einst vier Millionen Sozialwohnungen, sind davon heute nur noch 1,5 Millionen übrig. Öffentliches Eigentum wurde massenhaft privatisiert. Ehemals kommunale, landeseigene, bundeseigene und industriegebundene Wohnungen wurden den neoliberale Marktmechanismen preisgegeben." ver.di verlangt eine Rückbesinnung auf Wohnen als ein Grundrecht (Art. 16, Europäische Sozialcharta).

Weil viele ver.di-Mitglieder sich Sorgen um ihre Wohnung machen, hat die Gewerkschaft eine Mietrechts-Hotline eingerichtet. Dabei kooperiert ver.di mit dem Deutschen Mieterbund e. V. Das rote Telefon bietet Mitgliedern eine Erstberatung in Mietsrechtsfragen an.

Mehr Informationen dazu auf:
https://www.verdi.de/
und dann den Suchbegriff „Mietrechtshotline" eingeben.

Gemeinsam stark – Fachbereiche 3 und 5 erwägen Fusion

Die Arbeitswelt ändert sich grundlegend – da will und muss sich ver.di zukunftsgerecht aufstellen. Dazu gehört eine Bündelung der bisher 13 Fachbereiche. In diesem Kontext haben die Vorstände der Fachbereiche Bildung, Wissenschaft, Forschung (5) sowie Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen (3) beschlossen, über eine mögliche Fusion zu verhandeln. Die Entscheidung, es miteinander zu probieren, fiel im Frühjahr. Ein Verhandlungskreis hat bereits erste Ideen für einen vereinten Fachbereich entwickelt. Dem Gremium gehören die Präsidien der Bundesfachbereichsvorstände, die Bundesfachbereichsleiterinnen, je ein Landesfachbereichsleiter und die Koordinatoren der Bundesfachbereiche an.

Vorausgegangen waren Vorgespräche, bei denen deutlich geworden war, dass es zwischen den beiden Fachbereichen viele Schnittmengen gibt. So ist gemeinsame Gewerkschaftsarbeit sinnvoll beispielsweise bei Universitätskliniken mit ihren zum Teil neu gegründeten Forschungseinrichtungen. Auch bei Maßnahmenträgern für Soziale Arbeit und für SGB-geförderten Weiterbildung sowie bei Studierenden gibt es viele Andockpunkte.

Die Arbeits- und Berufsfelder beider Fachbereiche weisen ebenfalls deutliche Gemeinsamkeiten auf. Viele Tätigkeiten orientieren sich direkt am einzelnen Menschen. Das trifft sowohl auf die Beschäftigten in Krankenhäusern, in der Pflege oder bei sozialen Diensten zu als auch in Bildungseinrichtungen. Viele Kolleg*innen identifizieren sich stark mit ihrem Beruf – und nicht selten grenzt ihr Verantwortungsgefühl an Selbstausbeutung. Trotz der hohen gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Arbeit fehlt es vielfach an einer ausreichenden Finanzierung. Aus all dem ergeben sich nicht nur gemeinsame Aufgaben für die gewerkschaftliche Arbeit. Hier entstehen auch neue Chancen, weil ein fusionierter Fachbereich viel mehr Menschen vertreten würde und allein dadurch ein größeres Gewicht bekäme.

Öffentliche und soziale Anerkennung inklusive einer ausreichenden Finanzierung, gute Arbeitsbedingungen und gute berufspolitische Arbeit wären die Kernanliegen des neuen Fachbereichs. Die Bedingungen dafür sind aus Gewerkschaftssicht sind schlecht, denn klar ist mittlerweile: Nur wenn hier substanziell etwas passiert, ist dem wachsende Fachkräftemangel beizukommen. Auch die neuen qualitativen Anforderungen an personenbezogene Dienstleistungen lassen sich nur erreichen, wenn massiv investiert wird. Werden diese Forderungen durch Vertreter*innen einiger hunderttausend Beschäftigter vorgetragen, hat das politisches Gewicht.

Mit diesen Zielvorstellungen laufen die Verhandlungen zur Fusion. Gemeinsam wollen ehren- und hauptamtliche Kolleg*innen beider Fachbereiche das Aufgabenfeld gestalten. In vielen Landesbezirken laufen derzeit Gespräche, im September 2018 findet auf Bundesebene ein Auftakt-Workshop statt. Im Februar 2019 wollen dann die Bundesvorstände der Fachbereiche 3 und 5 entscheiden, ob und wie sie die Arbeit künftig zusammen stemmen. ●

Harald Giesecke und
Klaus Böhme

Nachruf

Der Tod ist groß.
Wir sind die Seinen
lachenden Munds.
Wenn wir uns mitten im Leben meinen,
wagt er zu weinen
mitten in uns.

Rainer Maria Rilke

Foto: Privat

Wir trauern um unseren Weggefährten Harry Rettenmaier, der in der Nacht zum 1. August im Alter von 62 Jahren plötzlich verstorben ist. Seit 1990 Mitglied in der DAG und später in ver.di war Harry von Beginn an engagiert für die Interessen der Arbeitnehmer*innen. In unserer Gewerkschaft war er über die Jahre auf allen Ebenen aktiv. Bis zuletzt war Harry Mitglied des Bundesfachbereichsvorstandes, der Bundesarbeitsgruppe Weiterbildung und im Präsidium des Landesbezirksfachbereichsvorstandes Baden Württemberg. Harry war ein hochkompetenter Betriebsrat und ein politischer, integrer Mensch, der die Musik und gute Bücher liebte. Sein Leben hat Spuren in uns hinterlassen. Er wird seinen Platz in unserem Gedenken behalten. Unser Mitgefühl gehört seiner Familie.

Klaus Böhme
Vorsitzender des Bundesfachbereichsvorstandes

Ute Kittel
ver.di-Bundesvorstand

Anne Voß
Leiterin BAG Weiterbildung

Annelie Schwaderer
Landesbezirksfachbereichsleiterin

Foto: Privat

Lucas Joecks

Ein Blick über europäische Grenzen hinaus

Fragt man Gewerkschafter*innen nach ihren Assoziationen mit dem Wort „Arbeitskampf", so können die Antworten sehr unterschiedlich ausfallen. Nach meiner Zeit als Praktikant in der ver.di Bundesverwaltung hätte ich wahrscheinlich auf irgendwas verwiesen zwischen lautstarken Demos mit Warnwesten und langwierigen Verhandlungen mit Arbeitgeberverbänden. Nach einem weiteren Praktikum, diesmal in Kolumbien, habe ich andere Assoziationen. Es scheint mir wichtiger denn je sich zu vergegenwärtigen, wie Arbeitskämpfe in anderen Ländern aussehen und mit welchen Gefahren sie für die Aktivist*innen verbunden sind.

Dabei konnte ich aus einem geschützten Winkel auf das Land blicken, das oft sofort Vorurteile und Stereotypen von einer Nation im Drogenkrieg hervorruft. Ich lernte Kolumbien von Januar bis März im Rahmen meiner Mitarbeit an der deutschen Schule in Cali kennen. Mich überraschte deren Ausstattung mit modernster Technik, einer Bibliothek, riesigen Sportanlagen und Fitnesskursen für das Lehrpersonal am Nachmittag. Verglichen mit meinen Erfahrungen an Berliner Schulen, wo Computerräume, Bibliotheken und Turnhallen oft schlecht ausgestattet oder gar nicht vorhanden sind, empfand ich diese kolumbianische Schule als Vorbild für deutsche Bildungsstätten. Und während sich hierzulande viele Lehrkräfte unwohl fühlen und die Schule nach dem Unterricht fluchtartig verlassen, war die Atmosphäre in Cali gelassen. Dabei war mir auch klar, dass Schulen wie diese in Kolumbien eher die Ausnahme sind. Die hervorragende Ausstattung wird meist durch hohe Schulgebühren erkauft; nur für einen Bruchteil der Jugendlichen kommt der Besuch einer solchen Schule infrage.

Wer Kolumbien bereist und mit den Menschen spricht, merkt schnell, dass sich die ungleichen Lebensbedingungen tief durch die Gesellschaft ziehen. Obwohl die Armut gesunken ist, gehört Kolumbien noch immer weltweit zu den Ländern mit den größten Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Das untere Drittel der Gesellschaft arbeitet meist unter prekärsten Bedingungen. Ein Freund aus dem Norden Kolumbiens erzählte mir, dass unzählige Kinder in seinem Heimatdorf in der Nähe eines Kohletagebaus über Atemprobleme klagen. Man braucht nicht viel Fantasie um sich auszumalen, welchen Gesundheitsrisiken die Arbeiter beim Abbau ausgesetzt sind. Regelmäßig weisen diverse Menschenrechtsorganisationen darauf hin, dass bei der Förderung von Rohstoffen wie Kohle und Gold, aber auch beim Anbau von Kaffee und Bananen Ausbeutung und hohe Gesundheitsbelastungen zum Alltag gehören.

Proteste gegen diese Arbeitsbedingungen sind in Kolumbien mit großen Gefahren verbunden. Obwohl das Leben im Allgemeinen sicherer geworden ist, sind die Zahlen ermordeter sozialer Aktivist*innen in den vergangenen Jahren gestiegen. Einen institutionalisierten Arbeitskampf, wie man ihn in Europa kennt, gibt es nicht. Wer dennoch versucht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, muss mit massiven Einschüchterungsversuchen rechnen. Erst im Mai gab es über WhatsApp eine Kampagne, die rechte Paramilitärs initiiert hatten. Sie enthielt Morddrohungen gegen linke Aktivist*innen und Gewerkschafter*innen.

Dass es dieses Jahr mit Gustavo Petro erstmals ein linker und gewerkschaftsfreundlicher Bewerber bis in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen geschafft hat, gibt durchaus Hoffnungen für die Zukunft der Arbeitnehmer*innen in Kolumbien. Doch eine kurzfristige Aussicht auf Besserung scheint es unter dem neuen Präsidenten Iván Duque und seiner ultrarechten Partei Centro Democrático leider nicht zu geben. ●

Lucas Joecks

P O R T R Ä T

Foto: Privat

Franziska Hamann-Wachtel

Orgatalent an der Uni

Seit Anfang 2016 engagiert sich Franziska Hamann-Wachtel bei der TVStud-Kampagne, die für einen besseren Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an den Berliner Hochschulen kämpft. Als ihr tollstes Gewerkschaftserlebnis nennt sie die 1000-Organisationsgrad-Kampagne: 1.000 studentische Beschäftigte traten ver.di und der GEW bei, um gemeinsam für ihre Interessen zu streiten. Zusammenstehen, um Machtverhältnisse auszugleichen und Verbesserungen zu erkämpfen – genau deshalb hält die 25-Jährige Gewerkschaften für absolut wichtig.

Seit 2012 studiert Franziska an der Berliner Humboldt-Universität Sozialwissenschaften, mittlerweile im Master. 2014 fing sie als studentische Beschäftigte in der Universitätsbibliothek an zu arbeiten und wurde auch gleich in den studentischen Personalrat gewählt. Bis 2017 hatte Franziska drei Amtszeiten durchlebt, zwei Mal als Vorsitzende. Inzwischen arbeitet sie in einem Forschungsprojekt an der TU Berlin. Seit 2017 ist sie außerdem Mitglied im ver.di-Landesfachbereichsvorstand Bildung, Wissenschaft und Forschung in Berlin-Brandenburg und seit diesem Jahr auch im Bundesfachbereichsvorstand. In ihrer Freizeit treibt Franziska gerne Sport, liest und geht auf Reisen. ●

Mirjam Sorge

Bitte abtrennen und im Briefumschlag schicken an: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft · Fachbereich 5 · Bildung, Wissenschaft und Forschung · 10112 Berlin

ver.di

BEITRITTSERKLÄRUNG

https://mitgliedwerden.verdi.de/

Vertragsdaten

Titel | Vorname | Name

Straße | Hausnummer

Land/PLZ | Wohnort

Staatsangehörigkeit

Telefon

E-Mail

Beschäftigungsdaten

☐ Arbeiter*in ☐ Angestellte*r ☐ Beamter*in ☐ Selbständige*r ☐ erwerbslos

☐ Vollzeit ☐ Teilzeit | Anzahl Wochenstunden:

☐ Auszubildende*r/Volontär*in/Referendar*in
☐ Schüler*in/Student*in (ohne Arbeitseinkommen)
☐ Praktikant*in ☐ Dual Studierende*r ☐ Sonstiges | bis

☐ ich bin Meister*in/Techniker*in/Ingenieur*in

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Straße | Hausnummer

PLZ | Ort

Branche

ausgeübte Tätigkeit

monatlicher Bruttoverdienst € | Lohn-/Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe | Tätigkeits-/Berufsjahre o. Lebensalterstufe

Monatsbeitrag in Euro

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mindestens 2,50 Euro.

SEPA-Lastschriftmandat

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE61ZZZ00000101497
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsweise

☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich ☐ zur Monatsmitte ☐ zum Monatsende

Titel/Vorname/ Name Kontoinhaber*in (nur wenn abweichend)

Straße und Hausnummer

PLZ/Ort

BIC | IBAN

Ort, Datum und Unterschrift ✗

Nur für Lohn- und Gehaltsabzug!

Personalnummer

Einwilligungserklärung zum Lohn-/Gehaltsabzug in bestimmten Unternehmen:

Ich stimme der Entrichtung meines Mitgliedsbeitrages im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren zu und willige in die Übermittlung der hierfür erforderlichen Daten zwischen meinem Arbeitgeber und ver.di ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft gegenüber ver.di oder meinem Arbeitgeber widerrufen.

Ort, Datum und Unterschrift ✗

Ich möchte Mitglied werden ab

0 1 | 2 0

Geburtsdatum

Geschlecht ☐ weiblich ☐ männlich

Ich wurde geworben durch:

Name Werber*in

Mitgliedsnummer

Ich war Mitglied in der Gewerkschaft

von | bis

Datenschutzhinweise

Ihre personenbezogenen Daten werden von der Gewerkschaft ver.di gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) für die Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit Ihrer gesonderten Einwilligung. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter https://datenschutz.verdi.de.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu ver.di / zeige Änderungen meiner Daten an[1] und nehme **die Datenschutzhinweise** zur Kenntnis.

Ort, Datum und Unterschrift

✗

[1] nichtzutreffendes bitte streichen

05/18